



Gemeinderatsitzung am Mittwoch, 22.16.2017

STELLUNGNAHME:

TOP 5: Neugestaltung Privatgymnasium Außengelände

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren,

erst mal: der Fakt, dass hier Informationen über einen Zeitungsartikel durch Stadt und Privatgymnasium veröffentlicht wurden, ohne dass vorher der Gemeinderat, noch ein zuständiger Ausschuss über die fertige Entwurfsplanung beraten, diskutiert oder beschlossen hätte, ist höchst problematisch, und bleibt es, auch wenn wir die Reue des Vorsitzenden hierbei als Wiedergutmachung positiv werten.

Eine solche Vorgehensweise, wie sie hier geschehen ist, dass sich der Projektplaner und der OB in einem Zeitungsinterview detailliert über ein nicht besprochenes und nicht beschlossenes Vorhaben auslassen, als wäre es bereits entschieden, macht die Arbeit und die Diskussion an diesem Tisch eigentlich obsolet.

„Da kann doch eigentlich niemand was dagegen haben“, sind sich OB und der Projektinitiator in dem besagten Zeitungsartikel ziemlich sicher über den Beschluss des Gemeinderates. Und jetzt sitzen wir da... es scheint zu stimmen.

Ich meine - grundsätzlich halten wir natürlich viel von Bewegungsräumen, gestalteten Schulhöfen, ansprechenden Nischen für Schüler... aber dass wir über dieses Thema gerade hier, nicht einmal an einer unseren Schulen eröffnen, halten wir für, sagen wir mal ... unglücklich. Und überhaupt: um die Frage der Notwendigkeit von Schulhöfen mit Bewegungsangeboten geht es uns ja nicht, das ist eindeutig, es geht um das „Wie“, um das „Wo“, um das „In welcher Art“.

Es ist ja nicht so, dass wir zur Behandlung keine Zeit gehabt hätten: gemäß Datum auf dem Entwurf „3. März 2017“ hätten wir das Thema im Frühjahr beackern und

Beschlüssen fassen können, stattdessen haben wir in diesem Zeitraum sogar Sitzungen ausfallen lassen.

So, und nun will ich kurz nur für mich und meine Fraktion klarstellen, was wir hier abstimmen, daher, vorweg einmal unsere Perspektive:

Also, da haben wir ein Schwetzingen Unternehmen (das wissen viele eigentlich gar nicht: ja, das sogenannte Privatgymnasium ist ja in dem Sinn keine staatliche Schule, sondern streng genommen ein Unternehmen, das junge Menschen unterrichtet und an dem man einen staatlich anerkannten Abschluss erwerben kann). Und natürlich kann man sich freuen, wenn hier in Schwetzingen Unternehmen boomen und diese investieren, und zwar nochmal so viel, wie es für das Gebäude an die Stadt gezahlt hat. Dass die Stadt hier damals mit der bescheidenen Summe, für die sie dieses städtische Gebäude verkaufte, kräftig subventioniert hat, gehört ebenfalls in die Gemengelage, in diese „Melange“, in der auch in dieser Sitzung kräftig gerührt wird. Es geht um die Gestaltung eines Außenbereichs, der in Teilen der Stadt gehört und zwar in dem Maße, dass am Ende nicht mehr ersichtlich ist, was eigentlich der Stadt gehört - und was in den Zuständigkeitsbereich dieses Bildungsunternehmens gehört. Die sichtbare Trennschärfe zwischen öffentlich und privat wird vollends aufgehoben- Achtung, nochmal: es handelt sich hierbei nicht um einer Schule in städtischer Trägerschaft!!!. Hierbei sollen Bewegungs- und Aufenthaltsangebote für die Unternehmenskundschaft geschaffen werden, vielmehr aber sollen bzw. werden aber auch Parkplätze wegfallen, die, obwohl diese tatsächlich im Privateigentum des Unternehmens oder dessen Trägergesellschaft sind (früher ja Werkrealschule), offensichtlich nach altem Gewohnheitsrecht mitgenutzt werden und dies ja auch toleriert wird. Ferner existieren bei Anwohnern Befürchtungen bezüglich Vandalismus und Ruhestörungen auf diesem neuen und attraktiven Gelände und für die Stadt stehen Befürchtungen bei Haftungsfragen, Unterhaltung und Verkehrssicherungsschutz im Raum.

Klar: die Stadtverwaltung hat hier Argumente parat. Irgendwie muss man das ja alles auch positiv verkaufen und sich die Zustimmung einholen, immerhin stand ja schon alles in der Zeitung.

Da wird zum Beispiel die Aufwertung für das Gebiet genannt: „Städtebauliche Verbesserung“ heißt das dann. Ganz ehrlich: wer hier auf den Vorplatz rund um die ehemalige Hildaschule, Hebelpark usw. geht, wird feststellen: das ist alles andere als ein Schandfleck. Klar kann man überall neu pflastern, damit etwas schöner aussieht, aber hier gibt es andere Stellen in der Stadt, wo dies nötig wäre. Aber welcher Effekt wird hier tatsächlich erzielt?

Die komplette Straße/Weg vor der Schule gehört der Stadt. Mit der Überplanung des gesamten Geländes wird eines erreicht: nämlich, dass alles so aussieht, als gehöre es zusammen, als sei es ein Gelände, ein Campus. Dass hier ein Teil der Stadt gehört, wird später dann nicht mehr von Belang sein; man wird es nicht mehr sehen, nicht mehr wahrnehmen können, wo Zuständigkeitsgrenzen sind. Findet hier eine Geländeerweiterung eines Unternehmens auf Kosten der Stadt, auf Kosten des bürgerschaftlichen städtischen Vermögens statt? Nochmal: es handelt sich hier um keine Schule in öffentlicher Trägerschaft, wie z.B. das Hebelgymnasium oder die Grundschulen, das ist ein Unternehmen, das eine Bildungseinrichtung betreibt. Und nun bekommt dieses Unternehmen städtischen Grund zur Überplanung zur Verfügung gestellt, kostenfrei. Nein, die Stadt gibt sogar noch 60.000 EUR dazu. Das ist ne anständige Subventionierung - der Staat mischt sich schön ein, verteilt hier, bevorzugt dort... Das ist unseres Erachtens nicht zulässig, das hier ein Unternehmen bevorzugt wird. - Was wäre denn, wenn z.B. ein Gastronom vor seinem Lokal den öffentlichen Straßenraum durch eigene Investitionen aufwerten will, genehmigen wir das dann auch, weil es dann städtebaulich schöner und hochwertiger und öffentlich zugänglich ist. Mir fällt keine Kommune ein, die solche abstrusen Konstrukte an Public-Private-Partnership umsetzt. Mit der Zustimmung hierzu schafft man Fakten - und womöglich Präzedenzfälle.

Die Grenzen zwischen „privat“ und „öffentlich“ verschwimmen. Ist das ein prinzipielles Ziel der Stadt? Unseres ist es nicht. Dass da im Zeitungsartikel nun auch stand, dass „das Privatgymnasium nun auch die Regie in der Sporthalle übernimmt“ passt ja dann auch in ein solches Bild. Übrigens zur Klarstellung: Die Halle gehört noch der Stadt... zumindest steht das so... wohl noch irgendwie... im Grundbuch.

Wie sieht es eigentlich mit der Haftung und dem Unterhalt der Gerätschaften aus. Immerhin stehen hier ja Spielgeräte und Aufenthaltsplätze auf städtischem Grund. Uns Fraktionen wurde gesagt, Haftung, Aufsicht und Unterhalt dieses neuen Schulhofs bleiben komplett beim Schulträger, also dem Unternehmen. Auf die Stadt wird nichts dergleichen zukommen. Dies soll vertraglich geregelt werden. - Wir fragen uns nun: wo ist dieser Vertrag? Was wird da wie genau geregelt? Wo kann ich das nachlesen? Diese Regelung steht nicht im Beschlussvorschlag drin, auch nicht im Anhang! Und ich weiß: gerade im Vorfeld dieser Sitzung gab es über Zuständigkeiten, Nutzungsrechte, Haftung durchaus Verunsicherung auf Seiten bei Teilen des Gemeinderates. Bei der Vermischung der Trennlinien zwischen „öffentlich“ und „privat“ ist gerade dieser rechtliche Teil die Achilles-Ferse. Wir meinen: Für die Stadt darf es keine Achilles-Ferse geben. Und ich kann aktuell diese teilweise offenen Fragen nicht hieb- und stichfest beantworten, ich kann hier nur abstimmen, wenn ich das Vertragsgerüst, das die Achilles-Ferse ausmacht, sehen und selbst beurteilen kann.

Eine Zusicherung, dass da irgendwann irgendwie ein Vertrag ausgearbeitet wird, bringt mir als Gemeinderat, der hier heute entscheiden muss, überhaupt nix! - Wir müssen diese Verträge sehen, wir müssen sie lesen, wir müssen entscheiden, ob diese ausreichend formuliert sind und zwar so - und das ist das wichtige für uns als städtische Verantwortungsträger - dass wir langfristig Schaden und Rechtsforderungen von unserer Gemeinde und Gemeindekasse abwehren. Was passiert denn, wenn sich da ein Kind nachts an einem Gerät oder eine Zahn ausschlägt, weil ein Gerät beispielsweise nicht ausreichend gewartet oder in Ordnung ist? Welche Befugnisse haben Lehrer und der laut Pressinfo einzustellende Wachdienst auf städtischem, öffentlichen Grund? Wer ist

zuständig, wenn beim neu-gepflasterten öffentliche Weg die Steine locker werden, weil täglich der Lieferwagen für die Mensa kommt? Wo kann ich nachlesen, dass die Stadt Schwetzingen in den nächsten 10, 20 Jahren aus dieser Maßnahme keine Kosten entstehen, so wie es angedacht und uns gesagt wurde?

Wir als Gemeinderat sind ein Organ dieser Stadt und wir müssen diesen Vertrag sehen. Wir müssen doch wissen, was da drinsteht. Wir können doch nicht einfach sagen „Ja, wir stimmen da zu und der OB wird da schon irgendwas aushandeln“... - Entschuldigung, so sollte keine Gemeinderatsarbeit ablaufen. Und solange dieser Vertrag nicht da ist, muss dieser TOP ausgesetzt werden, daher müssen wir (im Beamtendeutsch nennt man das „remonstrieren“) die Vertagung beantragen: „Vertagung wegen Unvollständigkeit der Unterlagen“. Und weil wir uns sonst in die Nesseln setzen, vielleicht sogar zum Nachteil der Stadt Schwetzingen, weil wir nicht wissen, was da in Zukunft auf uns zukommen kann. Weil die Trennlinien zwischen „privat“ und „öffentlich“ nicht scharf genug sind...

Und der größte Effekt, der sich zwangsläufig ergeben wird, ist eine für alle Beteiligten angespannte und unangenehme Parkraumproblematik. Klar steht hier im Beschlussvorschlag irgendetwas von „neuer Ausweisung von 9 Parkplätzen“ drin. Und klar wird hier als Maßnahme erwähnt, dass Lehrer im Wildemannstraßenparkhaus parken sollen... Aber jetzt mal ganz unter uns - das ist doch keine Lösung! Fakt ist: hier haben sich über die Bedingungen der alten Hildaschule über Gewohnheitsrecht zahlreiche Parkplätze etabliert, diese werden genutzt, außerhalb der Schulzeit, diese sind sogar mittlerweile für dieses Gebiet notwendig - auch wenn die meisten dieser Plätze mittlerweile in Privatbesitz des Trägerunternehmens der neuen Bildungseinrichtung ist. Für das Gebiet an dieser Stelle bleiben die Parkplätze essenziell! Sie sind an genau dieser Stelle mit Bankfiliale, Arztpraxis, Hebelheim, Schulbetrieb und in diesem dichten Wohngebiet eigentlich unverzichtbar - fragen sie mal die Anwohner, fragen sie mal die Nutzer! Und es ist ja nicht so, dass der Parkdruck nachlässt. Lassen Sie mal die Schüler bis in die Oberstufe kommen, dann fährt der ein oder andere mit eigenem Wagen vor, weil er eben schon 18 ist, oder glauben sie, der stellt sein neues Auto, das er den

Freunden zeigen will, aufm Alten Messplatz ab - den es vielleicht bis dahin gar nicht mehr gibt, wie man in der Zeitung zuweilen liest. Und das tägliche Verkehrschaos, das es ohnehin schon gibt, weil Helikoptereltern ihre Sprösslinge bis vor die Schultreppe fahren, ist hier noch nicht mal erwähnt! An dieser Stelle, „Hildastraße-Schulstraße-Hebelstraße“ wird es durch diesen Beschlussvorschlag an Parkplätzen verlieren; der Parkdruck an dieser sensiblen Stelle wird stärker werden und die Maßnahme, die dieser Beschluss vorsieht, sind „9 Parkplätze“ - also, Entschuldigung: wie lachhaft wenig ist das denn!?

Und dass hier Anwohner wieder mal übergangen werden (und zwar nicht nur, indem Informationen über die Zeitung schon vor dem Beschluss verbreitet werden), zeigt leider den Zustand dieses Gremiums hier am Tisch: man lässt sich einlullen von zurechtgerückten Argumentationen, ohne hinreichend über etwaige negative Effekte nachzudenken oder dem Gefühl von Anwohnern (des „sich-übergangen-Fühlens“) etwas Partizipatorisches, etwas, wo man mitwirken kann, entgegenzusetzen.

Und ganz im Sinne des OB, der so oft sagt, die Gemeinderäte seien als Bürger in einem Gremium, nicht als Abgeordnete, pflichte ich bei und muss mit meiner SPD-Fraktion dann aber - und ich hoffe es tun noch einige weitere - gegen diesen Beschlussvorschlag stimmen, zumal er ja auch nicht vollständig ist, wie gesagt: die Haftungs- und Zuständigkeitsfragen sind hier nicht abschließend geklärt, die Vertagung hiermit von uns bis zur Vorlage der nötigen Verträge beantragt.

Dankeschön!